

## 1.1. SPD

### 1.1.1. Gründungsphase

Die Konstituierung der sozialdemokratischen Partei ist nach Ende des 2. Weltkrieges von den im Widerstand gegen den Nationalsozialismus arbeitenden Sozialdemokraten ausgegangen.

Zusammen mit Kommunisten und bürgerlichen Antifaschisten bildeten Sozialdemokraten meist unmittelbar an die Besetzung anschließend regional begrenzte antifaschistische Komitees, die „Antifa-Komitees“<sup>1</sup>. Es ist anzunehmen, dass die Neubildung der Ortsvereine der SPD ebenfalls zu dieser Zeit begonnen wurde. Für das Gebiet des späteren Nordrhein-Westfalen liegt allerdings kaum Quellenmaterial über diese Zeit vor.<sup>2</sup>

Ausführlicher wird dagegen die Organisation der Sozialdemokratie von Hannover aus dargestellt<sup>3</sup>, da sich dort der parteipolitische Schwerpunkt für die zonenübergreifende Konstituierung der SPD unter Kurt Schumacher herauskristallisierte.

Für die SPD war nach dem Verbot der Arbeiterparteien 1933 in der unmittelbaren Nachkriegszeit ebenso wie für die KPD die mögliche Vereinigung der beiden Arbeiterparteien ein wichtiges Thema.

Anders als in den Leitungsgremien der KPD herrschte bei der Sozialdemokratie allerdings eher die Tendenz vor, Angebote zur Zusammenarbeit mit der KPD auf Unterbezirks- und Bezirksebene abzulehnen.

Die schlechten Erfahrungen, die Sozialdemokraten in den politischen Auseinandersetzungen vor 1933 mit Mitgliedern der KPD gemacht hatten, wogen offensichtlich schwerer als die gemeinsam erlittenen Erfahrungen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus und in den Konzentrationslagern.<sup>4</sup> Die anfängliche Zusammenarbeit auf

---

<sup>1</sup> Auf die Antifa-Komitees wird ausführlicher im folgenden Kapitel über die KPD eingegangen; s. dazu auch Hüttenberger, 1973, S. 108, sowie Lutz Niethammer, u.a. (Hrsg.), Arbeiterinitiative 1945, Wuppertal 1976.

<sup>2</sup> Vgl. Hüttenberger, 1973, S. 98

<sup>3</sup> Siehe dazu auch:

Albrecht Kaden, Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Hannover 1964; ebenso: Hans-Peter Ehni, Der Wiederaufbau der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Wuppertal 1974, S. 415 – 439; Franz Osterroth, Dieter Schulz, Chronik der deutschen Sozialdemokratie Bd. III: Nach dem zweiten Weltkrieg, Berlin, Bonn-Bad Godesberg, 2. Auflage 1978; Theo Pirker, Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945 – 1964, München 1965.

<sup>4</sup> Siehe dazu: Kurt Schumacher, Politische Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren, Hannover 1945, S. 12f.: „Dieses Schuldbekenntnis (der KPD im Aufruf vom 11.06.1945, Anm. der Verfasserin) ist vor dem Richterstuhl der Geschichte überhaupt kein Schuldbekenntnis, denn es beklagt nur, dass die Methoden der spezifischen kommunistischen Politik vor 1933 nicht erfolgreich gewesen sind (...). Das

Ortsvereinsebene mit der KPD wurde in den 4 Bezirken des Rheinlandes und Westfalens im Februar 1946 endgültig aufgegeben.<sup>5</sup>

Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Bezirke der SPD im späteren Nordrhein-Westfalen endgültig auf die programmatischen und organisatorischen Richtlinien aus Hannover ausgerichtet.

Am 5. – 7. Oktober 1945 war auf der Konferenz von Wennigsen Kurt Schumacher zum Bevollmächtigten der SPD der Westzonen gewählt, und somit der Führungsanspruch des Berliner Zentralausschusses der SPD für das gesamte Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches zurückgewiesen worden. Schumacher konnte sich dabei auf den Londoner Exil-Vorstand stützen, der sich ebenso wie Schumacher gegen eine Zusammenarbeit der Organisationen von KPD und SPD ausgesprochen hatte.<sup>6</sup>

Die Mitglieder des neugewählten Parteivorstandes gehörten in ihrer Mehrzahl zu dem sich um Kurt Schumacher organisierenden Beraterkreis. Unter ihnen befanden sich Erich Ollenhauer – Nachfolger im Parteivorsitz nach Schumachers Tod -, Fritz Heine – späteres Mitglied des Zonenpresseausschusses -, Alfred Nau – späterer Schatzmeister der SPD -, der spätere Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen Walter Menzel, Carlo Schmidt, Victor Agartz<sup>7</sup>, Erik Nölting – späterer Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen -, Herta Gotthelf, Herbert Kreidemann, Egon Franke – späterer Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen -, Franz Neumann und Erwin Schoettle.<sup>8</sup>

### **1.1.2. Sozialdemokratische Wirtschaftsprogramm**

Die ersten ausgearbeiteten wirtschaftspolitischen Grundsätze der Sozialdemokratie der Nachkriegszeit wurden auf dem 1. Parteitag 1946 in Hannover vorgelegt.

---

echte Schuldbekennung der Kommunisten könnte nur darin liegen, dass sie ihre große Schule am Aufkommen des Faschismus in ihrer Bekämpfung der Demokratie, in ihrem Gerede von den „Sozialfaschisten“, in ihrer Erklärung der Sozialdemokratie zum Hauptfeind, in ihrer Lehrmeinung, dass in Deutschland erst durch die Herrschaft des Faschismus eine „objektive revolutionäre Situation“ entstehen könnte, vor der deutschen Öffentlichkeit eingestehen würden.“ Vgl. auch Hüttenberger, 1973, S. 108 f.

<sup>5</sup> Hüttenberger, 1973, S. 109.

<sup>6</sup> Zu den deutschlandpolitischen Konzeptionen des Exil-Vorstandes der SPD siehe u.a.: Werner Röder, Deutschlandpläne der sozialdemokratischen Emigration in Großbritannien 1942 – 1945, in: VfZG, 17 (1969), S. 72 – 86.

<sup>7</sup> Victor Agartz, am 15.11.1977 in Remscheid als Sohn einer Metallarbeiterfamilie geboren, studierte nach dem 1. Weltkrieg Jura, Volkswirtschaft und Philosophie in Bonn, Münster, Marburg und Köln. Promovierte 1924 zum Dr. rer. pol. und hatte bis 1933 Lehraufträge an der Universität Köln sowie am Freien Gewerkschaftsseminar inne. 1933 aus seinen Ämtern entfernt, wurde er nach einem Studium der Betriebswirtschaft Wirtschaftsprüfer und 1937 zum Vorstandsmitglied der Rheinisch-Westfälischen Revisions- und Treuhand AG berufen.

<sup>8</sup> Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programm, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin, Bonn 1982, S. 82 ff.

Programmatische Orientierungshilfe boten bis dahin die wirtschaftspolitischen Aussagen des Aufrufs des Zentralausschusses der Berliner SPD<sup>9</sup>, sowie die von Kurt Schumacher formulierten wirtschaftspolitischen Ausführungen in seiner Rede und seinen Schriften zwischen Mai 1945 und Februar 1946.<sup>10</sup>

In den „Politischen Richtlinien für die SPD“ stellte Schumacher fest, dass die Sozialisierung der Grundindustrien die Voraussetzung für die soziale und wirtschaftliche Demokratisierung des deutschen Volkes sei. Die Sozialisierungsmaßnahmen entzögen dem „großen Besitz“ die finanzielle Basis, auf der es ihm möglich sei, „den einen Teil der kleinen Leute gegen den anderen Teil zu hetzen“<sup>11</sup>.

Die ersten wirtschaftspolitischen Leitsätze der SPD nach 1945 wurden nach der Konferenz von Wennigsen vorgelegt. Dabei handelte es sich um ein von dem späteren nordrhein-westfälischen Wirtschaftsminister Erik Nölting vorgelegtes wirtschaftspolitisches Papier.<sup>12</sup>

Nach Ott waren die Leitsätze der erste Versuch einer Formulierung einer wirtschaftspolitischen Standortbestimmung der SPD. Sie stammten jedoch in ihrer Konzeption aus dem Jahr 1929 und waren somit nicht auf die Situation der Wirtschaft der Nachkriegszeit übertragbar. Ihnen fehlte eine historische Analyse der Entwicklung zum Nationalsozialismus und seiner Wirtschaftsverfassung.<sup>13</sup>

### **1.1.2.1. Der SPD-Parteitag in Hannover 1946**

Während das Hauptreferat des ersten Nachkriegsparteitages der Sozialdemokratie, gehalten von Kurt Schumacher, sich mit einer Analyse der sozialen und politischen Verhältnisse in Deutschland beschäftigte, hielt Victor Agartz das Referat zur zukünftigen sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik.<sup>14</sup> In seinem Referat befasste sich Kurt Schumacher lediglich in bezug auf das Verhältnis der deutschen Bevölkerung und seiner Besatzung mit

---

<sup>9</sup> S. Aufruf des Zentralausschusses der Berliner SPD in: Ossip K. Flechtheim, Bd. III, 1963, S. 9 ff., auf den hier jedoch nicht eingegangen wird.

<sup>10</sup> S. Albrecht Kaden, Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Hannover 1946.

<sup>11</sup> Kurt Schumacher, Politische Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren, a.a.O., S. 6.

<sup>12</sup> Flechtheim bezeichnet diesen wirtschaftspolitischen Entwurf als von Schumacher verfasst (Flechtheim, Bd. III, 1963, S. 9 ff.). Allerdings weist Erich Ott darauf hin, dass diese Leitsätze von Erik Nölting verfasst worden sind (Erich Ott, Die Wirtschaftskonzeption der SPD nach 1945, Marburg 1978, S. 80 f., Anm. 56); die zeitliche Einordnung korrigiert Ott insofern, als er die Veröffentlichung der Leitsätze anhand der Aussagen von Konferenzteilnehmern nicht auf die Konferenz direkt bezieht, sondern erst der Zeit nach der Konferenz zuschreibt (Ott, a.a.O., S. 81, Anm. 57).

<sup>13</sup> Flechtheim, Bd. III, 1963, S. 9; vgl. auch dazu Ott, a.a.O., S. 81 ff.

<sup>14</sup> Eine ausführliche Darstellung der politischen Konzeption unternimmt: Bernhard Koolen, die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption von Victor Agartz zur Neuordnung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Köln 1979.

wirtschaftspolitischen Fragen. Er stellte dabei fest, dass die europäischen Völker erst dann vor dem Wiedererstehen einer deutschen Kriegswirtschaft sicher sein werden, wenn es dem deutschen Volk erlaubt sein wird, in fairer Selbstverantwortung ein sozialistisches Wirtschaftssystem unter demokratischer Kontrolle zu etablieren.<sup>15</sup>

Zur Verstaatlichung der Schwerindustrie der Ruhr, die den Auffassungen aller Parteien der damaligen Zeit zufolge mitverantwortlich für die Machtergreifung des Nationalsozialismus war, führte Kurt Schumacher aus, dass es notwendig sei, die gesamte europäische Schwerindustrie zu internationalisieren. Eine isolierte Internationalisierung der Ruhrindustrie würde die deutsche Wirtschaft zerstören. Ein Deutschland, das ohne die Industrie an Rhein und Ruhr auskommen müsste, bezeichnete Schumacher als „eine Gefahr für Europa. Das wäre nicht die Sicherheit, sondern das wäre die Anti-Sicherheit! Das wäre die Gefährdung nicht deswegen, weil sich deutsche bewusste revanchistische Aktionen entwickeln würden, sondern deswegen, weil die Deutschen ein Spielball jeder Macht wären, die an ihre revanchistischen Empfindungen appellieren würden“<sup>16</sup>. Dabei stellte er noch einmal fest, dass die Sozialdemokratie eine „internationale ökonomische Kontrolle und Verteilung der Produktion für richtig halte“.<sup>17</sup>

Nach den im Rahmen der Grundsatzpositionen für die Sozialdemokratie der Nachkriegszeit gehaltenen wirtschaftspolitischen Bemerkungen von Kurt Schumacher, folgte das Referat zur sozialistischen Wirtschaftspolitik, gehalten von Victor Agartz.<sup>18</sup>

Das Referat beginnt mit einer historisch-materialistischen Analyse der Entwicklung Deutschlands zwischen 1918 und 1945. Ausgehend von der spezifischen Wirtschaftsverfassung des Imperialismus, der in der sozialistischen Lehre eine Sonderform des Kapitalismus darstellt, zeichnete Agartz die Entwicklung des Monopolisierungsprozesses der deutschen Industrie nach.

Da der deutschen imperialistischen Wirtschaft aufgrund fehlender kolonialer Absatzmärkte nach dem 1. Weltkrieg die Möglichkeiten zur Expansion fehlten, musste die Entwicklung zwangsläufig zu einer wirtschaftlichen Krise führen. Der Ausweg, den die deutsche Industrie wählte, war die Steigerung der Kriegswirtschaft und die wirtschaftliche Unterstützung der Nationalsozialisten, deren Ideologie den Ausbau der Kriegswirtschaft unterstützte.<sup>19</sup>

---

<sup>15</sup> Protokoll der Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 9. bis 11. März 1946 in Hannover. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe: Hamburg 1947, Berlin, Bad Godesberg 1976, S. 35 ff.. Im Folgenden als „Protokolle SPD 1946“ aufgeführt.

<sup>16</sup> Protokolle SPD 1946, S. 45.

<sup>17</sup> ebenda.

<sup>18</sup> Vgl. Koolen, a.a.O., S. 49 ff.; vgl. zur Sozialisierungskonzeption der SPD, Wolfgang Rudzio, Das Sozialisierungskonzept der SPD und seine internationalen Realisierungsbedingungen, in: Josef Foschepoth / Rolf Steininger (Hgg.), Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945 – 1949, Paderborn 1985.

<sup>19</sup> Protokolle SPD 1946, a.a.O., S. 57 f.

Die Wirtschaft wird nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches zwar noch durch die Besatzungsmächte bestimmt, doch stellte Agartz fest, es sei „die Aufgabe der Sozialdemokratie, Grundsätze und Richtlinien zu zeigen und diese Wirtschaft in einem dem deutschen Volk gemäßen Stil von Grund aus zu erneuern. (...) Nur mit einem klaren, neuen Ziel vor Augen kann der wirtschaftliche Wiederaufbau gelingen.“<sup>20</sup>

Agartz bezeichnete es als die Aufgabe der sozialistischen Epoche, neben der rechtlichen Freiheit auch die wirtschaftliche Freiheit durchzusetzen. Die noch bestehenden sozialen Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Systems müssten beseitigt werden, um die erstrebte Einigkeit zum Wiederaufbau Deutschlands erreichen zu können. Eine Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland sei erst dann abgeschlossen, wenn die Klassengegensätze durch eine ausgewogene soziale und wirtschaftliche Verfassung überwunden seien.<sup>21</sup>

Dem Konzept der von Krisen gekennzeichneten Entwicklung des Kapitalismus folgend, sei die Überwindung des kapitalistischen Systems eine unabwiesbare Notwendigkeit. Die dem Kapitalismus immanenten wirtschaftlichen und sozialen Krisen seien durch eine kapitalistische Wirtschaftspolitik nicht behebbar.

Das ursprünglich vom freien Wettbewerb zugunsten der Gemeinschaft gekennzeichnete Wirtschaftssystem sei durch die ihm innewohnende Dynamik zur Senkung der Produktionskosten zu einem von wenigen Monopolen, Kartellen und Trusts beherrschten Wirtschaftssystem geworden, das zur persönlichen wirtschaftlichen Unfreiheit des einzelnen führt: „Mit der Beseitigung des Konkurrenz-Prinzips und mit der Bildung eines Monopol-Kapitalismus wurde aus dem Preiskampf ein Preisdiktat, aus dem ökonomischen Marktgesetz ein Marktdiktat, aus dem ursprünglichen natürlichen Wettbewerb eine Vereinbarung auf Kosten Dritter, aus einem Kampf um den Kunden ein Kampf gegen den Kunden und aus der Produktionsausdehnung eine Produktionsdrosselung.“<sup>22</sup>

Um eine neue Wirtschaftsverfassung aufzubauen, sei Agartz' Referat zufolge eine zentrale Lenkung der Erzeugung notwendig. Unternehmerische Initiative wird dabei solange nicht abgelehnt, wie sie sich den sozialen Erfordernissen der Gemeinschaft unterordnet. Eine Zusammenballung privater Wirtschaftsmacht lehnt die SPD jedoch – wie die anderen Parteien auch – ab. Der Staat hat die Aufgabe, im Rahmen einer sozialistischen Planwirtschaft „anstelle des privat-kapitalistischen Gewinnstrebens (...) als Hauptregulator“ der Wirtschaft zu treten. Ihm obliegt die volkswirtschaftliche Gesamtplanung; eine Aufgabe, die auch durch das innerbetriebliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter nicht gelöst werden kann.<sup>23</sup>

---

<sup>20</sup> a.a.O., S. 58 f.

<sup>21</sup> a.a.O., S. 59 f.

<sup>22</sup> a.a.O., S. 61.

<sup>23</sup> a.a.O., S. 62.

Als das Ziel der neuen Wirtschaftsordnung nannte Agartz die Versorgung der Bevölkerung im optimalsten Sinne: „Nicht ein Maximum, sondern ein Optimum an Versorgung soll angestrebt werden“<sup>24</sup> verbunden mit dem höchstmöglichen Maß der Befriedigung in der Arbeit. In diesem Zusammenhang fordert Agartz die Rückführung der Standardisierung der Produktionsabläufe, die zur Durchführung einer effizienten Kriegswirtschaft vorgenommen worden war.

Die sozialistische Planwirtschaft beruht nach Vorstellungen der Sozialdemokratie auf gemischtwirtschaftlicher Form, d.h., betriebliche Unternehmungen sollen nicht allein in öffentliche Hand überführt werden, sondern auch mit anderen Eigentumsformen existieren.

Marktwirtschaftlichen Mechanismen räumte Agartz eine nicht unerhebliche Stellung der Wirtschaftslenkung und Planung ein, ebenso wie der Investitions- und Kreditpolitik, die er dem Aufgabenbereich des Staates zuordnet.<sup>25</sup> Staatlicher Lenkung unterliegen auch die Einkommens- und Steuerpolitik, wobei an der Einkommenspolitik auch die Gewerkschaften beteiligt werden müssen. Die in der sozialistischen Planwirtschaft unentbehrliche wirtschaftliche Selbstverwaltung soll von den Kammern der einzelnen Wirtschaftsbereiche, in denen Unternehmer und Arbeitnehmer gleichermaßen vertreten sein werden, übernommen werden.<sup>26</sup> Ihre Gliederung erfolgt auf regionaler Ebene, wobei diese Ebene den nächsten Grad des Zusammenschlusses repräsentiert.

Der Konzeption einer gemischtwirtschaftlichen Verfassung entspricht die Forderung nach Unterstützung der öffentlichen Unternehmungen, deren Politik im sozialistischen Geist weitergeführt werden soll sowie der genossenschaftlichen Unternehmungen. Insgesamt seien „(...) alle diejenigen Bestrebungen zu fördern, die zu einer unmittelbar auf das Gemeinwohl gerichteten gemeinnützigen Wirtschaftsbeteiligung führen“<sup>27</sup>. Agartz bezeichnete sie als eine Form der Sozialisierung von unten, die ein dem deutschen Volk angemessener Wirtschaftsstil sei.<sup>28</sup>

Aufgrund ihrer Produktionsweise ist die Grundstoffindustrie in hohem Maße zur Überführung in die öffentliche Hand geeignet. Zudem sei ihre Übernahme durch die öffentliche Hand aufgrund der politischen Rolle, die die Grundstoffindustrie in den letzten hundert Jahren gespielt habe, eine politische Notwendigkeit.<sup>29</sup> Die Übernahme durch die öffentliche Hand ermögliche es dieser auch, den notwendigen staatlichen Einfluss auf Wirtschaftskontrolle, -planung und -lenkung ausüben zu können.<sup>30</sup>

---

<sup>24</sup> a.a.O., S. 63.

<sup>25</sup> a.a.O., S. 64.

<sup>26</sup> a.a.O., S. 65.

<sup>27</sup> a.a.O., S. 66.

<sup>28</sup> a.a.O., S. 66 f.

<sup>29</sup> a.a.O., S. 68 f.

<sup>30</sup> ebenda.

Die gesamte öffentliche Versorgungswirtschaft muss, soweit sie es noch nicht ist, in den Besitz der öffentlichen Hand überführt werden.<sup>31</sup>

Die verarbeitende Industrie muss, ungeachtet ihrer Eigentumsform, staatlicher Kontrolle unterworfen werden, um eine Verbesserung der Qualität ihrer Waren und eine Senkung der Entstehungskosten bei strenger Kontrolle der Löhne und Preise zu erreichen.<sup>32</sup>

Die Eigentumsformen sind im letztgenannten Wirtschaftssektor von sekundärer Bedeutung. Die folgenden Ausführungen widmet Agartz dem Handwerk, dem Handel, der Verkehrswirtschaft und der Landwirtschaft.

Diese Bereiche werden im Rahmen des vorliegenden Themas ebenso wie der Bereich der Wohnungswirtschaft nur kurz behandelt.

Ihnen allen gemeinsam ist die Unterordnung unter die staatliche Planung und Lenkung; die Wohnungswirtschaft muss im Bereich der Mietwohnungen ebenfalls genossenschaftlichen oder öffentlichen Unternehmungen anvertraut werden.<sup>33</sup>

Der Schlussteil des Referats von Victor Agartz behandelt die aktuellen wirtschaftspolitischen Aufgaben zum Aufbau der deutschen Wirtschaft.

In diesem Zusammenhang stellte Agartz fest, dass die deutsche Wirtschaft in die internationale Wirtschaft eingebunden werden muss, um dem friedlichen Aufbau Deutschlands dienen zu können.

Gleichzeitig wandte er sich im Namen der Sozialdemokratie gegen die Abtrennung des Ruhr- und des Saargebietes vom deutschen Wirtschaftsgebiet und dem deutschen Staatsverband.<sup>34</sup>

Auf dem 1. Parteitag der SPD in Hannover 1946 wurden die „Politischen Leitsätze vom Mai 1946“ verabschiedet.<sup>35</sup> Die Präambel der Leitsätze zeichnet in kurzen Zügen, angelehnt an die historische Analyse Victor Agartz' die wirtschaftspolitische Entwicklung Deutschlands zwischen den beiden Weltkriegen nach.

In Deutschland hatten durch das Verbot der Arbeiterparteien und die fehlende demokratische politische Mitbestimmung nach 1933 Hochkapitalismus und Reaktion die Demokratie zerschlagen. Die Sozialdemokratie weist dabei einen Teil der Schuld dem Bürgertum und dem Teil der Arbeiterschaft zu, „der den klassenpolitischen Wert der Demokratie nicht erkannt hatte“.<sup>36</sup>

Durch die fehlende politische Auseinandersetzung im inneren Deutschlands und die Politik der nationalsozialistischen Regierung nach außen hin wurde der Krieg und die damit einhergehende Zerstörung Deutschlands unvermeidlich. Die Grundlagen des

---

<sup>31</sup> ebenda.

<sup>32</sup> a.a.O., S. 69.

<sup>33</sup> a.a.O., S. 69 ff.

<sup>34</sup> a.a.O., S. 77; vgl. auch: Koolen, a.a.O., S. 93 ff.

<sup>35</sup> Politische Leitsätze vom Mai 1946, in: Flechtheim, Bd. III, 1963, S. 17 – 23.

<sup>36</sup> ebenda.

wirtschaftlichen, staatlichen und kulturellen Lebens sind damit für den deutschen Aufbau nicht mehr brauchbar. Die soziale und wirtschaftliche Verfassung Deutschlands ist aufgelöst; „das deutsche Volk ist in der Welt isoliert“.<sup>37</sup>

Die Sozialdemokratie sieht ihre Aufgabe darin, die demokratischen Kräfte Deutschlands zu sammeln und auf der Grundlage des demokratischen Sozialismus sowohl die politischen Machtverhältnisse als auch die ökonomischen Grundlagen zu ändern. „Nur eine völlige Umgestaltung gibt dem deutschen Volk die wirtschaftlichen und sozialen Lebensmöglichkeiten und sichert die Freiheit und den Frieden.“<sup>38</sup>

Unter der Überschrift „Sozialismus und Selbstverwaltung“ wurden die Grundlagen und Bedingungen für die Sozialisierung der Grundindustrie und die Errichtung von wirtschaftlichen Selbstverwaltungsorganen dargelegt.

Die bestehenden Eigentumsverhältnisse entsprechen nicht mehr den gesellschaftlichen Zuständen und Bedürfnissen und ständen der Erholung der Wirtschaft und dem Fortschritt entgegen.

Notwendig sei eine gerechte Gesellschaftsordnung, die das Sozialprodukt den Bedürfnissen der Gemeinschaft zugänglich mache und nicht in privaten Händen halte. Das Ziel der Sozialdemokratie bestand in der Verwirklichung einer „sozialistischen Wirtschaft durch planmäßige Lenkung und gemeinwirtschaftlicher Gestaltung“.<sup>39</sup>

Umfang, Richtung und Verteilung der Produktion sollten nur durch das Interesse der Allgemeinheit bestimmt werden, das vorerst darin bestehe, Produktionsmittel und Verbrauchsgüter zu vermehren, um Deutschland in die Weltwirtschaft integrieren zu können.

Die gemeinwirtschaftliche Gestaltung der Wirtschaft, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, solle in unterschiedlicher Form erfolgen. Angestrebt wurde daneben eine weitestgehende Selbstverwaltung unter stärkster Beteiligung der Arbeiter und Verbraucher.

Kapitel II der Entschließung fasste die Sofortmaßnahmen zusammen. Dazu gehörten die Sozialisierung der Bodenschätze, aller Betriebe des Bergbaus sowie der eisen- und stahlerzeugenden und –verarbeitenden Industrie, der chemischen Industrie, der Großkonzerne, der Energiewirtschaft und expandierender Unternehmen. Ferner gehörten die Errichtung von Genossenschaften in Handel, Handwerk und Landwirtschaft sowie die Unterwerfung des Banken- und Kreditwesens und der Versicherungen unter sozialistische Planung.<sup>40</sup>

---

<sup>37</sup> ders., S. 18.

<sup>38</sup> ebenda.

<sup>39</sup> ebenda.

<sup>40</sup> ders., S. 19.



Die wirtschaftspolitische EntschlieÙung des Parteitages lehnte sich in ihren Grundzügen an die Ausführungen von Victor Agartz an<sup>41</sup>, war aber in ihren Formulierungen und Forderungen allgemeiner gehalten als das Agartzsche Referat.

Ein Grund mag darin gelegen haben, dass innerhalb der SPD unterschiedliche Auffassungen, revisionistische und marxistische, existierten. Zudem fehlte zur Verwirklichung der Sozialisierung die Machtgrundlage in Form einer bestehenden staatlichen Instanz, die die Sozialisierung hätte durchführen können.<sup>42</sup>

Die Ausführungen zur Wirtschaftspolitik auf dem Hannoveraner Parteitag waren Anlass zu einer ausführlichen innerparteilichen Diskussion der wirtschaftlichen Neuordnung. Beim Parteivorstand wurde der wirtschaftspolitische Ausschuss gebildet, bei dem im Rahmen eines „Unterausschusses zur Sozialisierung“ über Konzepte der wirtschaftlichen Neuordnung beraten wurde.<sup>43</sup>

In der britischen Zone wurden auf Bezirksebene wirtschaftspolitische Ausschüsse gebildet, die in Verbindung mit dem wirtschaftspolitischen Ausschuss beim Parteivorstand standen.<sup>44</sup>

Die Aufgabe des wirtschaftspolitischen Ausschusses bestand darin, „die großen Fragen der Wirtschaftspolitik zu behandeln, die Ergebnisse der Arbeit in den Bezirksausschüssen zusammenzufassen und diese Ausschüsse seinerseits durch Anregungen und Themenstellungen in ihrer Tätigkeit zu unterstützen“.<sup>45</sup>

Bis zum Ende des Jahres 1946 hatte der wirtschaftspolitische Ausschuss die „Grundgedanken für ein sozialistisches Wirtschaftsprogramm“ ausgearbeitet, die die grundsätzliche Einstellung und die Zielsetzung sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik<sup>46</sup> umreiÙen.

Die Grundgedanken streben als Wirtschaftssystem eine Form an, die sich sowohl ‚von den überwundenen Formen des kapitalistischen Liberalismus<sup>47</sup> als auch ‚den Zwangsmaßnahmen eines alle Persönlichkeitswerte erstickenden Kollektivismus<sup>48</sup> abgrenzt. Das kapitalistische System habe dabei durch seinen Zusammenbruch die sozialistischen Grundprinzipien in ihrer vollen Gültigkeit bestätigt. Entsprechend dem Marxismus strebt die

---

<sup>41</sup> Vgl. Koolen, a.a.O., S. 93 f.

<sup>42</sup> Vgl. Klotzbach, a.a.O., S. 80.

<sup>43</sup> Ott, a.a.O., S. 107; vgl. dazu auch: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1946, hg. vom Parteivorstand der SPD, Nachdruck Berlin, Bad Godesberg 1976, S. 43 ff.

<sup>44</sup> Ott, a.a.O., S. 105 f.; vgl. dazu: Helmut Köser, Die Grundsatzdebatte in der SPD von 1945 – 1958/59. Entwicklung und Wandel der organisatorischen Struktur und des ideologisch-typologischen Selbstverständnisses der SPD, Phil. Diss. Freiburg i.B., 1971, S. 162 f.; ebenso: Theo Pirker, Die SPD nach Hitler, a.a.O., S. 54.

<sup>45</sup> Jahrbuch der SPD 1946, hg. vom Parteivorstand der SPD, Nachdruck Berlin, Bad Godesberg, 1976, S. 43.

<sup>46</sup> Jahrbuch der SPD 1946, hg. vom Parteivorstand der SPD, Nachdruck Berlin, Bad Godesberg 1976, S. 103 f.

<sup>47</sup> a.a.O., S. 104.

<sup>48</sup> Ott, a.a.O., S. 110. Die „Grundgedanken eines sozialistischen Wirtschaftsprogramms“ konnten leider auch nicht als Fotokopie zur Untersuchung herangezogen werden, so dass hier auf die Zusammenfassung von Erich Ott zurückgegriffen werden muss.

Sozialdemokratie eine gerechte Sozial- und Wirtschaftsverfassung an. Vor diesem Hintergrund werden

- der klassische Liberalismus
- der Neoliberalismus
- der Monopolkapitalismus
- die zentralistische Staatswirtschaft und
- die Kriegs-Zwangswirtschaft abgelehnt.

Die angestrebte Wirtschaftsordnung sollte eine Wirtschaftsdemokratie sein, die planwirtschaftliche und marktwirtschaftliche Elemente in sich vereinigen würde:

„Die von der Sozialdemokratischen Partei geforderte sozialistische Planwirtschaft wird die marktwirtschaftlichen Formen des Wirtschaftsablaufes weitgehend beibehalten, aber die Wirtschaft wird sich nach den in der Planung festgelegten volkswirtschaftlichen Zielsetzungen richten.“<sup>49</sup>

Dabei obliegt dem Parlament die Entscheidungsbefugnis in wirtschaftspolitischen Fragen. Die Gewerkschaften und Arbeitnehmer erhalten ein begrenztes Mitbestimmungsrecht in wirtschaftlichen Fragen.<sup>50</sup>

Die Forderung nach Sozialisierung erstreckte sich auf die von Victor Agartz schon in seinem Referat vor dem Parteitag in Hannover genannten Industrien. Dabei wurde festgestellt, dass die Verstaatlichung nicht mehr der einzige Weg sei, um die Besitzverhältnisse in der Industrie zu verändern.<sup>51</sup>

Das Prinzip des Privateigentums wird bis zu einem gewissen Grad anerkannt: durch rechtliche Arbeit erworbener Besitz soll „den Schutz der Sozialdemokratischen Partei“ finden, dagegen soll „Großeigentum mit Rentenansprüchen, das zur Ausbeutung fremder Arbeitskraft verwandt wird und zur wirtschaftlichen Abhängigkeit vieler von wenigen Großbesitzern führt,“<sup>52</sup> sozialisiert werden. Eine genaue Beschreibung der Formen der Sozialisierung wird allerdings nicht gegeben.

Die Vereinigung von sozialistischen und marktwirtschaftlichen Wirtschaftselementen ermöglichte es auch den Sozialdemokraten, die sich nicht prinzipiell für eine Sozialisierung einsetzten, das wirtschaftspolitische Konzept der Partei mitzutragen.<sup>53</sup>

---

<sup>49</sup> Zit. nach Ott, a.a.O., S. 112.

<sup>50</sup> Ott, a.a.O., S. 114.

<sup>51</sup> Ott, a.a.O., S. 111.

<sup>52</sup> ebenda.

<sup>53</sup> ebenda.

### 1.1.2.2. Der SPD-Parteitag in Nürnberg 1947

Die wirtschaftsprogrammatische Diskussion auf dem 2. Parteitag der SPD in Nürnberg 1947 beruhte auf dem Bericht des Wirtschaftsexperten Nölting zur Resolution des Parteitages zur sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik. Erich Ott bemerkt dazu, dass sich vor dem aktuellen politischen Hintergrund – Sozialisierungsdebatten in Hessen und Nordrhein-Westfalen – „die Notwendigkeit einer gründlichen Analyse der ökonomischen Verhältnisse und ihrer Entwicklungstendenzen“ gestellt habe, und sie somit der zentrale Diskussionspunkt des Parteitages hätten werden müssen.

Nölting beginnt seinen Bericht mit der Feststellung, dass nach der Phase von Begründung und Lehre des Sozialismus und nach der Phase Agitation und Werbung für den Sozialismus die Phase der Verwirklichung und Erfüllung der sozialistischen Lehre erreicht sei.

Die Zweifel, die die Sozialdemokratie nach dem 1. Weltkrieg in Bezug auf die Möglichkeiten hatte, die zerstörte deutsche Industrie zu sozialisieren, seien nach dem 2. Weltkrieg nicht mehr vorhanden.

Nach den Erfahrungen aus der Nazizeit sei es „einhellige Überzeugung in unseren Reihen, dass der Wirtschaftsapparat überhaupt nur noch auf sozialistischer Tourenzahl laufen kann.“<sup>54</sup>

Aus diesem Grund fordern die Sozialdemokraten „einen radikalen Umbau und Neubau“ der Wirtschaft.

Im Gegensatz zur orthodoxen marxistischen Lehre sei die Sozialdemokratie nach den gemachten Erfahrungen an einem Punkt angelangt, an dem sie nicht mehr auf den revolutionären Akt zum Umsturz des Kapitalismus hinarbeitet. Sie sei vielmehr zu der Auffassung gelangt, dass die sozialistische Wirtschaftsordnung „ein Konstruktions- und Gestaltungsproblem“ sei, dessen Verwirklichung schrittweise durchgeführt werden müsse.

Das Hauptthema der wirtschaftspolitischen Erörterungen war zwangsläufig die Sozialisierung. Zu diesem Zweck wurde eine Sozialisierungskommission gebildet, die aus Mitgliedern des wirtschaftspolitischen Ausschusses, sozialdemokratischen Gewerkschaftsvertretern und Wirtschaftsfachleuten bestand.

Die sozialistische Wirtschaftspolitik umfasste neben der Sozialisierung ein am Bedarf der Bevölkerung orientiertes Wirtschaftslenkungs- und –planungssystem.

Die Gründe für die Sozialisierung nannte Nölting in seinem Bericht über die Grundstoff— und Schlüsselindustrien als politischer und wirtschaftlicher Natur, im Sektor der Verbrauchs- und Gebrauchsgüterindustrien technischer Natur. Von der Sozialisierung sollte nicht das

---

<sup>54</sup> Die wirtschaftspolitischen Forderungen der Sozialdemokratie, Bericht von Erik Nölting vor dem Parteitag der SPD in Nürnberg 1947, in: Protokoll des SPD-Parteitags 1947 in Nürnberg, hg. vom Parteivorstand der SPD 1947, Nachdruck Berlin, Bad Godesberg 1976, S. 159.

private Konsum- und Arbeitseigentum betroffen sein, sondern lediglich das kapitalistische Großeigentum, bei dem das Eigentum nur noch auf der politisch-juristischen Ebene bestehe, während die wirtschaftlich-materielle Ebene vom Eigentum an sich losgelöst sei.<sup>55</sup> Das bedeutete auch, dass kleine und mittlere Unternehmen nicht von der Sozialisierung betroffen sein sollten.<sup>56</sup>

Für die sozialistische Wirtschaftspolitik nannte Nölting als Fixpunkte:

- Ausrichtung einer Reihe von Wirtschaftszweigen durch Übergang des Eigentums in die öffentliche Hand;
- Durchsetzung einer Reihe von Wirtschaftszweigen mit gemeinschaftlichen und genossenschaftlichen Unternehmungen;
- Einbezug der gesamten Wirtschaft in einen staatlichen Ordnungs- und Lenkungsrahmen.<sup>57</sup>

Dieser Ordnungs- und Lenkungsrahmen stand mehr noch als die Eigentumsfrage im Vordergrund der Sozialisierungsmaßnahmen: „Das Wesentliche in der Sozialisierung ist nämlich die Konstruktion der Führungs- und Lenkungsorgane für die unter die Sozialisierung fallenden Unternehmensgebilde und Wirtschaftszweige.“<sup>58</sup>

Nölting hob hervor, dass die Sozialisierung, wie oben schon ausgeführt, nicht mit Verstaatlichung gleichgesetzt werden könne. Sozialisierung eines Betriebes müsse den ihm spezifischen Eigenarten entsprechen, doch werde nicht ausgeführt, wie die Umsetzung der Sozialisierung im Einzelnen aussehen sollte.

Pauschal wird lediglich festgestellt, dass in den Lenkungs- und Planungsgremien in den leitenden Führungsgremien Vertreter der Gewerkschaften, technische Fachleute aus Kreisen der Werksleitung, Vertreter der öffentlichen Hand und der sozialisierten Anschluss-Industrien berücksichtigt werden müssten.<sup>59</sup> Eine allzu enge Anlehnung an den Staat sollte aus politischen Gründen – Nölting wies dabei auf die Sowjetunion hin – und um die Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen im Arbeitsprozess zu erhalten, nicht erfolgen.<sup>60</sup>

Neben den planungs- und lenkungswirtschaftlichen Elementen sollten im sozialistischen Wirtschaftssystem zusätzlich marktwirtschaftliche Elemente enthalten sein, innerhalb deren Rahmen die sozialisierten Betriebe miteinander konkurrieren sollten.<sup>61</sup>

Insgesamt charakterisierte Nölting die sozialdemokratische Wirtschaftskonzeption dadurch, dass die wirtschaftliche Verfügungsgewalt über die sozialisierten Industrien vom Volke ausgehe, indem der Staat der juristische Eigentümer sei. Lenkung und Leitung

---

<sup>55</sup> Protokoll des SPD-Parteitages 1947, a.a.O., S. 160.

<sup>56</sup> a.a.O., S. 161.

<sup>57</sup> ebenda.

<sup>58</sup> ebenda.

<sup>59</sup> ebenda.

<sup>60</sup> a.a.O., S. 162.

<sup>61</sup> „(...) weshalb marktwirtschaftliche Elemente und Sicherungen zur Wahrung des Kostendeckens und der Wirtschaftlichkeit einzuführen sind“, a.a.O., S. 162.

der Industrien solle dagegen durch wirtschaftliche Selbstverwaltungsorgane erfolgen, die sich an einem generellen Lenkungsplan orientieren.<sup>62</sup>

Um allerdings die angestrebte wirtschaftspolitische Neuordnung verwirklichen zu können, sei es notwendig, andere Bevölkerungsschichten für die sozialistische Wirtschaftspolitik zu gewinnen. Dazu gehöre aber auch revolutionäres Denken, dass sich von „viel zu eng gewordenen Doktrinen“ lösen kann.

Hier wird Vertretern reformistischer Wirtschaftskonzeptionen die Möglichkeit eröffnet, ihre Vorstellungen in die Parteidiskussion einzubringen.

Ott bewertet den Nürnberger Parteitag als „(...) ein Ausdruck des Stillstandes (...), dem eine Phase der Revision von Grundpositionen der Zeit 1945 bis 1947 bezüglich Sozialisierung und Planwirtschaft (...) folgt (...)“<sup>63</sup>. Die Abgrenzung zu den vom bürgerlichen Lager her propagierten restaurativ kapitalistischen Theorien erfolgte nur noch verbal, während sich parallel zur verbalen Abgrenzung eine praktische Annäherung der Standpunkte vollzog.<sup>64</sup>

Im Februar 1947 wurde vom Wirtschaftspolitischen Ausschuss eine Sozialisierungskommission gebildet, deren Aufgabe es war, sich mit der Sozialisierungsproblematik der Kohlewirtschaft und der Eisen- und Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen zu beschäftigen.<sup>65</sup> Dem Ausschuss gehörten die Experten der Partei für die Sozialisierung an. Ott nennt u.a. August Halfell, Herbert Kiedemann, Erik Nölting, Heinz Potthoff und Erich Potthoff.<sup>66</sup>

Die Sozialisierungskommission konzentrierte ihre Arbeit in erster Linie auf die Kohlewirtschaft – also Bergwerke und kohleveredelnde Industrie – und auf die eisen- und stahlerzeugende Industrie. Konzepte für die chemische Großindustrie und den Bereich der Maschinenindustrie, sowie für das Banken- und Versicherungswesen wurden nicht erarbeitet.<sup>67</sup> Nach Ott waren die ersten Sitzungen der Sozialisierungskommission von Diskussionen um den Begriff der Sozialisierung beherrscht. Zudem ging es um die eigentumsrechtliche Form der zu sozialisierenden Unternehmen, in erster Linie um den Ruhrbergbau.

Angelehnt an das Modell der „North German Iron and Steel Control“ und der deutschen Treuhandverwaltung sah das Konzept der Sozialisierungskommission eine „Selbstverwaltung Kohle“ vor, die als Treuhänderin das Betriebsvermögen der Bergwerksbetriebe in Zusammenarbeit mit Land und Kommunen verwalten sollte, bis nach

---

<sup>62</sup> a.a.O., S. 162 f.

<sup>63</sup> a.a.O., S. 162.

<sup>64</sup> ebenda.

<sup>65</sup> ‚Es ist die Aufgabe der Kommission, Probleme der Sozialisierung in grundsätzlicher Hinsicht zu klären. Nicht als ihre Aufgabe wurde angesehen, fertige Gesetzentwürfe für Spezialfälle zu liefern.‘ zitiert nach Ott, a.a.O., S 163.

<sup>66</sup> Ott, a.a.O., S. 162.

<sup>67</sup> Ott, a.a.O., S. 162 f.

der Bildung einer gesamtdeutschen Zentralverwaltung eine Neuregelung der Eigentumsfrage erfolgen werde. Dabei war der Staat als formaler Eigentümer vorgesehen – entsprechend den Ausführungen des wirtschaftspolitischen Ausschusses. Die an der Kohlewirtschaft interessierten Industriezweige sowie die „Vertreter der interessierten oder beteiligten Selbstverwaltungskörperschaften“ sollten ebenfalls – wenn auch auf übergeordneter Ebene – an der Verwaltung der Kohlewirtschaft eingeschaltet werden. Dadurch werde eine lebendige Beziehung und eine gute Verzahnung zwischen der Kohlewirtschaft und der übrigen Wirtschaft sowie eine harmonisierende Abstimmung wirtschaftlicher Interessen mit den Interessen der Allgemeinheit erwartet.<sup>68</sup>

Das gleiche Prinzip sollte für die Eisen- und Stahlindustrie angewandt werden.<sup>69</sup>

Ott fasst abschließend zusammen, dass die Arbeiten der Sozialisierungskommission trotz ihrer Rezeption durch die Landesinstitutionen kaum in politische Praxis umgesetzt wurden und die Konzeptionen mit der realen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht Schritt hielten.<sup>70</sup>

### **1.1.2.3. Der SPD-Parteitag in Düsseldorf 1948**

Der SPD-Parteitag in Düsseldorf 1948 fand vor dem Hintergrund der veränderten Wirtschaftspolitik in den Westzonen statt.

Die Sozialisierungen in Nordrhein-Westfalen und Hessen waren einer gesamtdeutschen Regierung vorbehalten, die Währungsreform hatte mit den in ihrem Kontext erlassenen Gesetzen die Möglichkeit zur Auflösung des Schwarzen Marktes gegeben; auf politischer Ebene begann die Gründungsphase des Weststaates mit den Beratungen des Parlamentarischen Rates über die zukünftige Verfassung.

Vor dem Hintergrund der veränderten Bedingungen hielt der Wirtschaftsminister des Landes Bayern, Rudolf Zorn das Referat zur sozialen Neuordnung als sozialistischer Gegenwartsaufgabe.

Zorn kritisierte am wirtschaftspolitischen Konzept der SPD, dass es nicht einheitlich<sup>71</sup>, und nicht klar umrissen sei<sup>72</sup>.

---

<sup>68</sup> zit. nach Ott, a.a.O., S. 164.

<sup>69</sup> ebenda.

<sup>70</sup> Ott, a.a.O., S. 165.

<sup>71</sup> „Soziale Neuordnung als sozialistische Gegenwartsaufgabe“, in: Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 14. September 1948 in Düsseldorf, hg. vom Vorstand der SPD 1949, Nachdruck Berlin, Bad Godesberg 1976, S. 139: „(...) sie (die SPD, Anm. der Verfasserin) habe zwar Konzepte, aber kein Konzept. Ohne Konzepte (gemeint ist wohl Konzept, Anm. der Verfasserin) aber könne man keine Geschichte machen, höchstens Geschichte erleiden.“

<sup>72</sup> Protokoll des Parteitages der SPD 1948, a.a.O., S. 139.

Das Bild, das die Funktionäre der SPD nach außen hin auf Parteiversammlungen von ihrer Partei vermittelten, sei das der Sozialdemokratie der Jahrhundertwende, ja sogar nur ein müder Abklatsch der KPD.<sup>73</sup>

Der Fehler der Sozialdemokratie, „mehr oder weniger imaginäre Forderungen zu erheben“, ohne darauf zu achten, dass diese Forderungen realisierbar seien, und ohne die zur Realisierung notwendige Basis anzustreben, dürfe nicht zur Gewohnheit werden. In Abgrenzung zum Kommunismus wirft Zorn in seiner Parteitagsrede der SPD mangelnde Initiative bei der Formulierung eines marxistischen Wirtschaftskonzeptes vor. Sie habe der kommunistischen Partei nicht nur die Konzipierung des Marx-Bildes überlassen, sondern auch ihre Anhängerschaft sich selbst überlassen.<sup>74</sup>

Im Gegensatz zum Kommunismus, der die Allmacht des Staates über die Freiheit des Menschen stellt, sei das ursprüngliche Konzept des Marxismus in seiner Rezeption von dem Gedanken der Freiheit des Menschen bestimmt. Die Vorstellungen der politischen Ökonomie und des historischen Materialismus seien ein Resultat des Denkens seiner Zeit, aber nicht mehr auf die Realität anwendbar, wie sie sich einhundert Jahre später darstellte.

Das Verdienst Marx' sei es gewesen, „der Schöpfer einer Denkmethode, die uns einen wichtigen Weg der Erkenntnis (...)“<sup>75</sup> zur Notwendigkeit von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit wies, gewesen zu sein. Die Entwicklung des Nationalsozialismus in Deutschland fasste der bayrische Wirtschaftsminister dahingehend zusammen, dass nicht nur die monopolkapitalistischen Wirtschaftsstrukturen zur Machtergreifung Hitlers geführt hätten, sondern auch der Zusammenbruch der sozialdemokratischen Ideale, des sozialdemokratischen Glaubens. Die marxistische Lehre, wonach die Überführung des Privateigentums in Gemeineigentum die Ausbeutung der Arbeiterschaft durch das Kapital aufhebe, habe der Bolschewismus widerlegt. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel sei keine Garantie für die Beseitigung der negativen Auswirkungen des Kapitalismus, wie Entfremdung des Menschen von sich selbst oder soziale Ungerechtigkeit. Das Beispiel der Sowjetunion habe gezeigt, dass die Verstaatlichung der Industrien ohne freiheitliche Basis nicht etwa die Klassengesellschaft abschaffe, sondern sogar das Entstehen einer neuen Klasse begünstigen könne.<sup>76</sup>

Zwar sei die Vergesellschaftung einiger Industriezweige aus politischen Gründen notwendig, doch könnten allein Planung und Lenkung der Wirtschaft für einen gerechten sozialen Ausgleich zwischen den Klassen sorgen. In einer Planungs- und Lenkungswirtschaft seien die Eigentumsverhältnisse allerdings zweitrangig.<sup>77</sup>

---

<sup>73</sup> a.a.O., S. 139.

<sup>74</sup> a.a.O., S. 140.

<sup>75</sup> ebenda.

<sup>76</sup> a.a.O., S. 141.

<sup>77</sup> ebenda.

Die zum Aufbau des Sozialismus notwendige Phase der Diktatur des Proletariats habe in der Sowjetunion lediglich zur Diktatur über das Proletariat geführt.<sup>78</sup> Zorn stellte in seiner Rede weiter fest, dass sich Ideologie und Realität im Laufe der Zeit voneinander entfernt hätten: „In der Theorie war man für das Klassenkampf-Ideal, in Praxis für die gütlich-schiedliche Klassenaueinandersetzung. Man trat in der Theorie nach wie vor für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ein; in der Praxis war man für Kommunalisierung, Verstaatlichung und den gemischt-wirtschaftlichen Betrieb.“<sup>79</sup>

Um den Forderungen der Jugend nach einem Aufbau über Zukunft entgegenzukommen, sei es notwendig, die Widersprüche zwischen Theorie und Praxis dadurch zu überwinden, dass die nicht mehr relevanten Teile der Theorie aufgegeben werden. Zu diesen gehörten vor allem die kollektivistischen Lebensformen, die, wie das Beispiel Sowjetunion zeige, die Unfreiheit des Einzelnen verstärken. Gerade aber aus Verantwortung vor dem jüngeren Menschen sollte aufgrund der Erfahrungen des Nationalsozialismus zugunsten von individueller Freiheit auf kollektivistische Lebens- und Wirtschaftsformen verzichtet werden.<sup>80</sup>

Wichtiger als das Prinzip der Verstaatlichung seien:

1. Die Forderung eines gerechten Lohnes und wirtschaftlicher Sicherheit.
2. Die Forderung der demokratischen Teilnahme an der politischen und wirtschaftlichen Macht.
3. Die Forderung der gleichen Chancen für jedermann.
4. Die Forderung der Konsumfreiheit.<sup>81</sup>

Zorn entwickelte die Begründungen dieser Forderungen aus der Abgrenzung der Sozialdemokratie vom Kommunismus sowjetischer Prägung.

Die Forderung nach gerechtem Lohn und wirtschaftlicher Sicherheit, d.h. Sicherheit vor Arbeitslosigkeit durch Wirtschaftskrisen müsse die wichtigste Forderung der Sozialdemokratie bei einer Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse werden. In der Sowjetunion werde die Vollbeschäftigung durch Arbeitszwang und Arbeitslager verwirklicht, während die sozialistische Neuordnung durch kreditpolitische Stützungsmaßnahmen, durch rechtlich geförderte Investitionsaufgabe sowie durch Arbeitszeitverkürzung erreicht werden soll.

Die demokratische Teilnahme der Arbeiterschaft an politischer und wirtschaftlicher Macht sei – was die politische Mitbestimmung angeht – durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, freien und geheimen Wahlrechts bereits verwirklicht. Die wirtschaftliche Mitbestimmung sei notwendig, um die politische Demokratie zu erhalten.

---

<sup>78</sup> ebenda.

<sup>79</sup> ebenda.

<sup>80</sup> a.a.O., S. 142.

<sup>81</sup> a.a.O., S. 143.



Unter wirtschaftlicher Mitbestimmung fasste Zorn die innerbetriebliche Mitbestimmung sowie eine Kontrolle der Betriebsleitung, um diese im Bedarfsfalle abwählen zu können.<sup>82</sup>

Der dritte Punkt der sozialen Neuordnung betraf die Schaffung von Chancengleichheit, was bedeutete, dass die durch Klassenzugehörigkeit geschaffenen Unterschiede durch ein Ausbildungssystem, das jedem die gleiche Ausgangsbasis bietet, durchdrungen und aufgelöst werden sollten. Chancengleichheit ist nicht mit der Forderung nach Gleichheit der Menschen vergleichbar, da die Menschen aufgrund ihrer unterschiedlichen Anlagen ungleich sind. Die Forderung nach Gleichheit der Chancen bezieht sich auf die Notwendigkeit einer Gesellschaftsneuordnung, die nicht von außen her oktroyiert werden soll, sondern aus sich selbst heraus erfolgen muss, wenn sie erfolgreich sein soll.<sup>83</sup>

Auch hier bleibt der Seitenhieb zur Abgrenzung auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Sowjetunion nicht aus. Dort sei durch die Verstaatlichung eine neue Elite herangebildet worden, die trotz des Ziels der Aufhebung von Klassengegensätzen eine neue gesellschaftliche Klasse bilde. Die Elite der sozialistischen Gesellschaft müsse aber vielmehr eine offene Gesellschaftsgruppe sein, zu der alle aufgrund ihrer Leistung und Begabung Befähigten Zutritt erhalten müssen.<sup>84</sup>

Die vierte Forderung an die wirtschaftliche und gesellschaftliche Neuordnung war die nach Konsumfreiheit. Konsumfreiheit setze eine Wirtschaft voraus, die frei von staatlicher Planung sei, andererseits aber durchaus von wirtschaftlichen Lenkungsmechanismen beeinflusst werden könne.<sup>85</sup>

Alle vier Forderungen für eine sozialistische Neuordnung seien durch Sozialisierungsmaßnahmen allein nicht zu verwirklichen. Zorn bezeichnete die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln sogar als „von rein wirtschaftlichem Standpunkt aus gesehen“, zweitrangig, da durch die Vergesellschaftung allein keine Produktionssteigerung erzielt werden könne.

Eine Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft behindere die Entfaltung der freien unternehmerischen Initiative, die laut Zorn wirtschaftsimmanent sei, und ohne die die Wirtschaft den Menschen zu einer „Termite“ degradiere, ihn unfrei mache.

Sozialisierung dürfe nur „die kapitalintensive Grundindustrie und die monopolreife Industrie“ betreffen. Dabei sei eine Staatsmonopolbildung wie in der Sowjetunion zu verhindern, weil diese lediglich eine Machtzusammenballung in staatlicher Hand im Gegensatz zur privaten Wirtschaftsmacht darstelle. Angestrebt werde eine Aufsplittung der Macht.<sup>86</sup> Die Sozialisierung der Betriebe solle eine möglichst unbürokratische

---

<sup>82</sup> a.a.O., S. 144 f.

<sup>83</sup> a.a.O., S. 145.

<sup>84</sup> ebenda.

<sup>85</sup> a.a.O., S. 146.

<sup>86</sup> ebenda.

Wirtschaftsführung ermöglichen, die die Grundlage für die Entfaltung kaufmännischer und technischer Initiative weitgehend demokratischer Selbstverwaltung bilde.<sup>87</sup>

Um aber die Entproletarisierung des Proletariats zu erreichen, sei eine entsprechende Überwachung und Lenkung der Wirtschaft notwendig. Zorn bezeichnete diese Wirtschaftsform zwischen der „uneingeschränkten Konkurrenzwirtschaft“ und der „totalen Planwirtschaft“ als „regulierte Marktwirtschaft“.<sup>88</sup>

Die regulierte Marktwirtschaft sei durch ein organisiertes Angebot und freie Nachfrage gekennzeichnet. Zorn stellt den Unterschied zwischen den drei genannten Wirtschaftsformen anhand der Investitionstätigkeit heraus. Die regulierte Marktwirtschaft sei durch eine am sozialen Gemeinwohl orientierte Investitionstätigkeit gekennzeichnet, im Gegensatz zur freien Wirtschaft, deren Investitionen am Gewinn orientiert sind.

Leicht polemisch wird Zorns Ausführung bei der Beschreibung der Investitionstätigkeit der totalen Planwirtschaft, die er als eine durch staatliche Befehle veranlasste, meist zu unwirtschaftlichen Zwecken, etwa Kriegswirtschaftsgüter, Politik beschrieb.<sup>89</sup>

Wichtig als Punkt der sozialen Neuordnung bezeichnete Zorn auch die Bildung einer von Moral und einer ethisch-humanistischen Haltung geprägten Einstellung der Bevölkerung, ohne die eine freie Existenz nicht möglich sei.

1948 erfolgte auf dem Parteitag in Düsseldorf eine Umwertung der wirtschaftspolitischen Forderungen der SPD, in bezug auf Sozialisierung sowie Planungs- und Lenkungswirtschaft. Ott stellt dazu fest, dass im Parteivorstand und bei den Delegierten die vorhandene Bereitschaft durch das Referat von Zorn aufgenommen wurde, in der wirtschaftspolitischen Diskussion neue Wege einzuschlagen.<sup>90</sup>

Die Basis und ein großer Teil der Parteiführung waren allerdings noch nicht dazu bereit, von den Vergesellschaftungsforderungen von 1946 und 1947 abzurücken.<sup>91</sup>

In der Westfälischen Rundschau Nr. 85 vom 11. September 1948 behandelte der Kommentar den „SPD-Parteitag in Düsseldorf“. Dabei wird in Anlehnung an das bestehende Selbstbild der SPD der Parteitag zu „weit mehr als einer parteiinternen Angelegenheit der SPD“, die europäischen Charakter annimmt, stilisiert: „Jeder politische Mensch sollte sich klar darüber sein, dass die scheinbar parteipolitische Auseinandersetzung, die sich im deutschen Volk vollzieht, ein Stück europäisches Schicksal ist.“

Die Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD werden in diesem Kommentar auf die internationale Ebene des Kalten Krieges erhoben und mit einer Gefahr für den demokratischen Aufbau Europas verglichen.

---

<sup>87</sup> a.a.O., S. 147.

<sup>88</sup> ebenda.

<sup>89</sup> a.a.O., S. 148.

<sup>90</sup> a.a.O., S. 219.

<sup>91</sup> ders., S. 222.

Die Hauptforderung des Parteitages bestehe in der Konsolidierung Europas als politische, wirtschaftliche und soziale Einheit. Verbunden damit werde die Internationalisierung und Sozialisierung Europas „bei voller Wahrung der fruchtbaren Eigenheiten aller gewachsenen Gemeinschaftsformen“. Der Kommentator bezeichnete als Ziel der SPD, die in dem Referat zur Wirtschaftspolitik von Zorn formulierten Forderungen nach:

- freier Entfaltung der individuellen Kräfte der Gemeinschaft,
- Bildung und Sicherung des Eigentums,
- Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung durch das monopolistische Großigentum,
- sowie ein Mindestmaß an Planung im Produktionssektor und
- die Beseitigung der ungehemmten Wirtschaftwillkür.

Die Ziele hatten in diesem Artikel lediglich proklamatorischen Charakter und werden nicht näher ausgeführt.

Insgesamt war der Kommentar von seinem Tenor her ein Appell zur Wahrung der Geschlossenheit der SPD und eine Darstellung des Durchsetzungswillens der Partei. Beides wirkte aber angesichts der Divergenz von theoretischem Anspruch zur realen politischen Situation und angesichts der eigenen Konzeptionslosigkeit, die in diesem Kommentar zum Ausdruck kommt, phrasenhaft.<sup>92</sup>

### 1.1.3. Die SPD-Presse

Die britische Zone bot nach der Fusion von SPD und KPD in der sowjetischen Zone nach 1946 als einzige Zone im deutschen Besatzungsgebiet der SPD die Möglichkeit, parteinahe Zeitungen herausgeben zu können.

Die ersten von den Briten zugelassenen Zeitungen mit sozialdemokratischen Lizenzträgern waren die von den Amerikanern übernommenen „Aachener Nachrichten“<sup>93</sup> sowie die „Braunschweiger Zeitung“<sup>94</sup>.

---

<sup>92</sup> „SPD-Parteitag in Düsseldorf“, in: Westfälische Rundschau, Nr. 85, 11.09.1948, S. 2.

<sup>93</sup> Koszyk, 1986, S. 480.

<sup>94</sup> ebenda.

Im Februar 1946 erhielt die SPD mit der „Rheinischen Zeitung“, Köln<sup>95</sup>, und der „Westfälischen Rundschau“, Dortmund<sup>96</sup>, die ersten beiden Lizenzen für Tageszeitungen in Nordrhein und Westfalen.

Bis September 1946 kamen zu den beiden Zeitungen noch folgende hinzu:

- Das „Rhein-Echo“, Düsseldorf, mit Georg Stoever, Leonhard Ingenhut und Ewald Kobusch als Lizenzträger. Schriftleiter war Alfred Dobhut, späteres MdL von Nordrhein-Westfalen. Die Zeitung erschien zum ersten Mal am 09.03.1946 mit einer Auflage von 152.000 Exemplaren. Das Verbreitungsgebiet erstreckte sich auf das Gebiet zwischen Neuss, Mönchen-Gladbach, Geldern-Kleve, Wuppertal und Opladen.<sup>97</sup>
- Die „Freie Presse“, Bielefeld. Lizenzträger waren Emil Groß, Paul Eilers und Jakob Triem. Die Zeitung erschien zum ersten Mal am 03.04.1946 mit zwei Ausgaben pro Woche – mittwochs und samstags -, die Auflage belief sich auf 124.000 Exemplare, die sich auf Bezirksausgaben für Halle i.H., Gütersloh, Herford, Minden, Lübbecke, Höxter, Paderborn, Detmold und Lippe verteilen.<sup>98</sup>
- Die „Neue-Ruhr-Zeitung“, Essen. Sie erschien zum ersten Mal am 13.07.1946, mit zwei Ausgaben pro Woche – dienstags und freitags – und einer Auflage von 11.300 Exemplaren für 7 Bezirksausgaben. Neben Essen gehörten dazu Duisburg, Mülheim, Oberhausen, Dinslaken, Wesel und Moers. Lizenzträger war Dietrich Oppenborg, der Essener Oberbürgermeister, Erich Nieswandt, Artur Fritsch und Franz Feldens. Schriftführer war Erich Brost, der später Lizenzträger der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ werden sollte.<sup>99</sup>

Die der SPD nahestehenden Redakteure waren nach der Zulassung der parteinahen Zeitungen der Ansicht, dass die Form der Parteizeitung, wie sie in der Weimarer Republik existierte, für die neuzugelassenen Zeitungen nicht mehr geeignet war. Die politische Einseitigkeit, die den Inhalt der Parteipresse der Weimarer Republik charakterisierte, entspräche nicht mehr der Tatsache, dass die parteinahen Zeitungen auch parteipolitisch nicht gebundene Leser mit Informationen versorgen sollten. Zwar sei klar, dass immer noch „sozialdemokratisch“ geschrieben werde, aber darüber hinaus auch nicht-sozialdemokratische Leser erreicht werden sollten.<sup>100</sup>

---

<sup>95</sup> ebenda.

<sup>96</sup> ebenda.

<sup>97</sup> Handbuch der Lizenzen Deutscher Verlage 1947, S. 7; vgl. auch Koszyk, 1986, S. 480 sowie S. 173 f.

<sup>98</sup> Handbuch der Lizenzen Deutscher Verlage 1947, S. 4; vgl. auch Koszyk 1986, S. 481 sowie S. 174.

<sup>99</sup> Handbuch der Lizenzen Deutscher Verlage 1947, S. 8; vgl. auch Koszyk 1986, S. 481 sowie S. 174.

<sup>100</sup> Koszyk, 1986, S. 174.

Im Oktober 1946 wurde in Dortmund zur Organisation der sozialdemokratischen Presse die „Konzentration GmbH“ gegründet. Die Vereinigung Sozialdemokratischer Unternehmen hatte die Aufgabe, für einen Finanzausgleich der finanziell starken und schwachen Zeitungen der britischen Besatzungszone zu sorgen. Sie hatte sich zudem zum Ziel gesetzt, die Zurückerstattung des von den Nationalsozialisten enteigneten Verlageigentums durchzusetzen. Die „Konzentration GmbH“ war eine Nachfolgeorganisation der von 1925 bis 1933 bestehenden „Konzentration AG“, die die Aufgabe gehabt hatte, die Parteipresse in die SPD zu integrieren.<sup>101</sup>

Nach 1945 verzichtete die SPD darauf, Vereinigungen der ihr nahestehenden Journalisten und Verleger zu gründen, wie sie vor 1933 existiert hatten. Deren Einfluss auf die Entwicklung der Presse der westlichen Besatzungszonen und später der Bundesrepublik machte sich gleichwohl geltend. Zu nennen sind hier Emil Gross, Erich Klabunde und vor allem Fritz Sängler, die durch ihre Arbeit in den landesweiten und zonalen Pressegruppen hervortraten.<sup>102</sup>

#### **1.1.4. Zusammenfassung**

Für die SPD ist zusammenfassend festzustellen, dass sie von Anfang ihrer Rekonstituierung an für die Sozialisierung des Bergbaus und der Grundindustrien eintrat. Die Initiative, entsprechende Gesetzesentwürfe vor den Landtag von Nordrhein-Westfalen zu bringen, ging in erster Linie von ihr aus.

Sozialisierung der Grundindustrien und des Bergbaus war für die SPD weniger eine wirtschaftliche, als eine politische Frage, deren Lösung eine Notwendigkeit zur Erlangung des Friedens in Europa und der gleichberechtigten Stellung Deutschlands unter den europäischen Staaten war.

In der der SPD nahestehenden Presse wurde dem Thema Sozialisierung große Aufmerksamkeit gewidmet. Allerdings fanden die Anträge und Programme der übrigen Parteien zur Wirtschaftspolitik resp. Sozialisierung, nicht die notwendige kritische Resonanz, wie sie von sozialdemokratischer Seite her erwartet werden sollte.

Die Berichterstattung konzentrierte sich vielmehr auf die Gesetzesvorlagen und Äußerungen, die von Sozialdemokraten gemacht worden waren. Eine Auseinandersetzung etwa mit den Düsseldorfer Leitsätzen der CDU oder den liberalen wirtschaftspolitischen Positionen blieb außerhalb der Wahlkampfphasen aus.

---

<sup>101</sup> Kurt Koszyk, German Newspaper with Socialist Tendency since 1945, in: Gazette (Leiden), Vol. V, No. 1, 1959, p.46 f.

<sup>102</sup> Kurt Koszyk, German Newspaper with Socialist Tendency since 1945, a.a.O., p.49.